



dbb Hessen Nachrichten

Ausgabe 14/2016

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Hier berichten wir weiter über aktuelle Ereignisse:

- In einem Jobcenter in Gießen sprach am 21.11.2016 eine Frau in Begleitung eines Mannes vor. Die Frau erwartet die Zusage einer Mitarbeiterin im Jobcenter, dass die Kosten für eine bestimmte Wohnung übernommen werden. Nachdem die Mitarbeiterin des Jobcenters erklärte, dass das aufgrund der bestehenden Regelungen nicht möglich sei, drohte der Mann: „Wenn das ... nicht akzeptiert wird, dann brennt hier die Hütte, da braucht ihr Security!“
Derselbe Mann hatte bereits wenige Tage zuvor eine Praktikantin des Jobcenters beleidigt und bedroht, mit eindeutigen Bezug zu ihrer Familie.
- Ein Justizvollzugsbeamter in Ausbildung wurde im September in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden von einem Häftling brutal zusammen geschlagen, als er das Radio in der Zelle leiser bzw. abstellen wollte.
Zuletzt erreichten uns vermehrt Darstellungen, wonach Häftlinge immer aggressiver und feindseliger werden und für die Justizvollzugsbeamten im täglichen Umgang kaum noch zu beherrschen sind.
- Am 14.11.2016 wurde ein Polizeibeamter, der sich privat in einer Gaststätte in Darmstadt aufhielt, von einem hinlänglich polizeibekanntem Mann heftig hinterrücks attackiert. Als der Beamte die Toilette aufsuchte, folgte ihm der Mann und schlug dem Beamten mehrfach auf den Hinterkopf. Er konnte schließlich überwältigt und festgenommen werden.
- Nach einer vom VBE in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage haben 21 Prozent der befragten Lehrer davon berichtet, dass sie in den vergangenen fünf Jahren körperlich angegriffen wurden. Sechs Prozent der Befragten berichteten konkret von körperlichen Misshandlungen durch schlagen, schütteln, stoßen, treten, boxen, mit Gegenständen werfen, an den Haaren ziehen, mit den Fäusten oder Gegenständen prügeln...
- Heute hat das Landgericht Fulda das Urteil des Amtsgerichts Fulda vom Januar 2014 bestätigt, in dem sieben sog. „Reichsbürger“ zu ganzen 6 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung (Haupttäter) bzw. zu ganzen 400,- € Geldstrafe (Mittäter) wg. Freiheitsberaubung und Bedrohung verurteilt worden waren. Gegen einen Mittäter muss noch nachverhandelt werden.
Die Männer hatten eine Finanzbeamtin, die im Außendienst eine Vollstreckungshandlung gegen einen dieser „Reichsbürger“ vornehmen wollte, über eine halbe Stunde (!) daran gehindert, in ihrem Fahrzeug wegzufahren und sie bedroht.

Wie mag diese Kollegin sich in dieser Situation, die sich über eine halbe Stunde hinzog, gefühlt haben und wie wird sie sich heute fühlen, wenn sie zu Vollzugshandlungen unterwegs ist?

Besoldung – Klage; Verfahrensweise bei der Geltendmachung von Ansprüchen für das Besoldungsjahr 2016

In Ergänzung zu den Ausführungen in den dbb Nachrichten 13/2016 fügen wir hier noch das entsprechende Schreiben von Innenminister Beuth bei:



Der Verzicht auf die Erhebung der Einrede der zeitnahen Geltendmachung gilt auch für Versorgungsempfänger und kommunale Beamte, die nach dem hessischen Besoldungsgesetz besoldet werden.

Zur Frage des generellen Verzichts auf das Erfordernis zur Einlegung von Rechtsmitteln werden wir rechtzeitig berichten.

dbb Hessen in Klausur

Am 4. und 5. Juli kam die Landesleitung des dbb Hessen zu einer Klausurtagung im Kolpinghaus in Fulda zusammen. Im Verlauf der beiden Tage wurden die aktuellen Themen, allen voran die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und die Wochenarbeitszeit und das Lebensarbeitszeitkonto (LAK) besprochen.

Es wurde vereinbart, nach der Sommerpause ein Gespräch zur weiteren Handhabung des LAK mit den Fraktionen und dem Innenminister zu führen.

dbb Hessen im Gespräch:

Gespräch mit Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt

Am 24. August fand ein Gespräch zwischen dem Frankfurter OB Peter Feldmann und dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt statt. Anlass für das Gespräch war die Tatsache, dass OB Feldmann einen Empfang gegeben hatte für neugewonnene Mitglieder von ver.di und damit nach unserer Auffassung nicht die gebotene Neutralität an den Tag legte. Der Vorgang fand auch in den Medien ein gewisses Echo.

In dem in überaus angenehmer Atmosphäre stattfindenden Gespräch sagte OB Feldmann zu, für eine solche Aktion auch für andere Gewerkschaften, so auch solche unter dem Dach des dbb Hessen, zur Verfügung zu stehen. Er unterstütze jedwede Interessenvertretung für die Beschäftigten und sei deshalb zur Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften gleichermaßen offen.

Wir bedanken uns für diese klarstellende Haltung!

Gespräch mit der Fraktion der CDU

Am 6. September führten wir ein Gespräch mit der Fraktion der CDU im Hessischen Landtag. Seitens der CDU nahmen neben dem Fraktionsvorsitzenden Michael Boddenberg der innenpolitische Sprecher Alexander Bauer und der Abgeordnete Christian Heinz am Gespräch teil.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben Landesvorsitzendem Heini Schmitt die stv. Landesvorsitzenden Birgit Kannegießer, Thomas Müller, Richard Thonius und Reinhold Petri teil.

Schwerpunkt des Gesprächs war die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum 1.8.2017 und die damit zusammenhängende Verfahrensweise mit dem LAK. Im Verlauf dieses Gesprächs konnte noch keine Einigung hinsichtlich der Forderung des dbb Hessen nach Gutschrift der 41ten Wochenstunde ab dem 1.8.2017 erzielt werden.



Heini Schmitt, Thomas Müller, Reinhold Petri, Christian Heinz, Richard Thonius, Alexander Bauer, Birgit Kannegeißer, Michael Boddenberg

Gespräch mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Am 20. September fand ein Gespräch mit der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag statt.

Seitens BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahmen neben dem Fraktionsvorsitzenden Mathias Wagner der innenpolitische Sprecher Jürgen Frömmrich teil.

Den dbb Hessen vertraten Landesvorsitzender Heini Schmitt und der Vorsitzende der Seniorenvertretung, Helmut Deckert.

Auch hier stand die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum 1.8.2017 und die damit zusammenhängende Verfahrensweise mit dem LAK im Mittelpunkt des Gesprächs, und auch hier konnte hinsichtlich der vom dbb Hessen geforderten Gutschrift der 41ten Wochenstunde auf das LAK ab dem 1.8.2017 kein Einvernehmen erzielt werden.



Jürgen Frömmrich, Helmut Deckert, Heini Schmitt, Mathias Wagner

Gespräch mit der Fraktion der FDP

Am 22. September führten wir ein Gespräch mit der Fraktion der FDP. Für die FDP nahmen der innenpolitische Sprecher Wolfgang Greilich sowie der Justiziar und Referent für Innen und Sport, Jascha Hausmann, am Gespräch teil.

Vor allem zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum 1.8.2017 und die damit zusammenhängende Verfahrensweise mit dem LAK waren Gegenstand des Gesprächs.

Seitens des dbb Hessen nahmen neben dem Landesvorsitzenden Heini Schmitt die Vorsitzende der dbb Frauenvertretung Hessen, Sonja Waldschmidt, sowie die stv. Landesvorsitzenden Richard Thonius und Michael Volz teil.

Die FDP unterstützt die Forderungen des dbb Hessen nach höherer Flexibilität des LAK und Gutschrift der 41ten Wochenstunde, wofür wir uns bedanken.



Richard Thonius, Jascha Hausmann, Wolfgang Greilich, Heini Schmitt, Michael Volz, Sonja Waldschmidt

Gespräch mit der Fraktion der SPD

Am 27. September fand ein Gespräch mit der Fraktion der SPD vor allem zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit und der damit zusammenhängenden Verfahrensweise mit dem LAK statt.

Für die Fraktion der SPD waren Generalsekretärin und innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser, parlamentarischer Geschäftsführer, Günter Rudolph sowie die Abgeordnete Karin Hartmann Gesprächsteilnehmer. Den dbb Hessen vertraten Landesvorsitzender Heini Schmitt und der stv. Landesvorsitzende Richard Thonius.

Die SPD unterstützt die Forderungen des dbb Hessen nach höherer Flexibilität des LAK und Gutschrift der 41ten Wochenstunde, wofür wir uns bedanken.



Günter Rudolph, Heini Schmitt, Nancy Faeser, Richard Thonius, Karin Hartmann

Gespräch mit Innenminister Peter Beuth

Am 23. November kamen Staatsminister Beuth und die Landesleitung des dbb Hessen zum Gespräch zusammen, um die Themen Wochenarbeitszeit/LAK, Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst und die Haltung des Ministeriums bei der Geltendmachung von Ansprüchen für das Besoldungsjahr 2016 zu erörtern.

Zur Frage der Geltendmachung von Ansprüchen für das Besoldungsjahr 2016 haben wir in den dbb Nachrichten 13/2016 und in dieser Ausgabe, oben stehend, berichtet.

Zum Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes stellte der Minister seine bisherigen Bemühungen und Initiativen und den Sachstand zur Einführung eines § 112 StGB dar. Die Landesleitung stellte die Erfahrungen aus den verschiedenen Bereichen dar und wies auf die im zweiten Quartal 2017 geplante Veranstaltung hin. Es wurde vereinbart, zu diesem Thema in Kontakt zu bleiben.

Einer Gutschrift der 41ten Wochenstunde auf das LAK erteilte Innenminister Beuth unter Berufung auf die Festlegungen im Koalitionsvertrag eine Absage.

Wochenarbeitszeit/Lebensarbeitszeitkonto

Nachdem in den Gesprächen mit den Regierungsfractionen und dem Innenminister (s. o.) keine Einigung hinsichtlich der Forderung nach Gutschrift der 41ten Wochenstunde ab dem 1.8.2017 erzielt werden konnte, wurde vor wenigen Tagen mit Vorlage des Entwurfs für die neue Hessische Arbeitszeitverordnung der Wille der Landesregierung manifestiert.

Im Verordnungsentwurf ist keine Gutschrift der 41ten Wochenstunde ab dem 1.8.2017 vorgesehen.

Das halten wir für einen fatalen Fehler! Einer der wenigen Vorzüge des öffentlichen Dienstes in Hessen im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, der das Bemühen um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben tatsächlich unterstützte, soll nun also auch noch geopfert werden.

Wir fordern die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nachdrücklich auf, ihre Haltung zu verändern und die entsprechende Passage des Verordnungsentwurfs zu überarbeiten!

Der öffentliche Dienst befindet sich im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs gegenüber der Privatwirtschaft im freien Fall!

Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird die wenig faszinierende Formel am Ende lauten: „Auflese statt Auslese!“

Es wird alsbald nicht mehr darum gehen, die Besten zu rekrutieren, sondern diejenigen, die überhaupt noch bereit sind, ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst einzugehen!

Klare Belege dafür gibt es schon: Das BKA muss die Anforderungen herunter schrauben, die Bundeswehr wird keinen Schulabschluss mehr verlangen....

In manchen Bereichen wird derzeit noch offiziell verkündet, dass man bislang keinerlei Abstriche bei den Anforderungen machen müsse. Selbst wenn das hie und da noch zutreffen mag, wird es auf Dauer nicht so bleiben.

Und deshalb dürfen –wenn schon die harten Besoldungs- und Vergütungsdaten keine Attraktivität mehr erzeugen können- nicht auch noch die nicht monetären Rahmenbedingungen verschlechtert werden!

Frankfurt, 7.12.2016

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Landesvorsitzender Heini Schmitt

Landesgeschäftsstelle: Eschersheimer Landstr. 162, 60322 Frankfurt/Main

E-Mail: mail@dbbhessen.de; **Telefon:** 069/281780; **Fax:** 069/282946

Internet: www.dbbhessen.de